

Die Freiheit

Redaktion: Berlin NW 6, Schiffbauerdamm 19 III.
Verantwortlicher: Amt Norden 2895 und 2896.

Expedition: Berlin NW 6, Schiffbauerdamm 19 IV.
Verantwortlicher: Amt Norden 9768.

Die „Freiheit“ erscheint zweimal täglich, morgens und nachmittags, an Sonn- und Festtagen nur morgens. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für Groß-Berlin monatlich 2 M. Für die Erledigung auswärtiger Bestellungen ist vorherige Einzahlung der Bezugsgebühr erforderlich. — Die „Freiheit“ ist im ersten Nachtrag der Postgesetzliste für 1919 eingetragen und kostet bei direktem Postbezug ohne Postgebühren monatlich 2 M., bei Zusendung unter Streifenband 4 M.

Berliner Organ

Inserate kosten die nebengefaltene Nonpareilzeile oder deren Raum 70 Pf. „Kleine Anzeigen“ das fertige Wort 30 Pf., jedes weitere Wort 15 Pf. Die dreifaltige Reklamazeile 3 M., Teuerungszuschlag 50 %. Bei Familienanzeigen, Versammlungsanzeigen von Gewerkschaften und politischen Organisationen fällt der Teuerungszuschlag fort. Inserate für den darauf folgenden Tag müssen spätestens bis 5 Uhr abends bei der Expedition, Schiffbauerdamm 19, aufgegeben sein.

der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Jahrgang 1

Dienstag, den 31. Dezember 1918

Nummer 82

Die Steuerpläne der Reichsregierung.

Die Heranziehung der Besitzenden

W. L. V. veröffentlicht folgende Mitteilung:

Der Weltkrieg hat dem deutschen Volke ungeheure Lasten auferlegt. Sie können nur getragen werden, wenn sie gerecht verteilt werden. Deshalb sind Vermögen und Einkommen in jeder Form erheblich schärfer als bisher heranzuziehen. Ein durchgreifender Ausbau der direkten Steuern muß die Grundlage des neuen Steuerwesens bilden und ungefähr in Angriff genommen werden.

Zu diesem Zweck hat der Rat der Volksbeauftragten im Einvernehmen mit dem Staatssekretär des Reichschatzamt folgendes beschlossen:

I.

Zunächst sollen die Kriegsgewinne eingezogen werden, und zwar in der Form

1. einer außerordentlichen Kriegsabgabe für das Rechnungsjahr 1919, wodurch die durch Gesetz vom 26. Juli 1918 eingeführte Abgabe vom Mehreinkommen und vom Vermögen bei Einzelpersonen auf ein weiteres Jahr erstreckt, und die Erhebung der Abgabe vom Mehrgewinn der Gesellschaften für das 5. Kriegsgeschäftsjahr fortgesetzt wird, nachdem durch Verordnung vom 15. November 1918 bereits die Bildung einer Kriegsteuerrücklage in Höhe von 80 vom Hundert des Mehrgewinns — gegenüber bisher 60 vom Hundert — vorgeschrieben worden ist;
2. einer außerordentlichen Abgabe vom Vermögenszuwachs, wodurch die während der gesamten Dauer des Krieges entstandene Vermögensvermehrung dergestalt erfasst werden soll, daß sie unter Schonung kleiner Beträge in vollem Umfang wieder der Allgemeinheit zugeführt wird. Die bereits auf Grund des Kriegsteuergesetzes vom 21. Juni 1916 gezahlte Steuer wird angesetzt.

II.

Von dem nach Einziehung der Kriegsgewinne verbliebenen Vermögen soll eine große allgemeine Vermögensabgabe erhoben werden, die in starker Progression ansteigen, jedoch die Grenzen der volkswirtschaftlichen Leistungsfähigkeit nicht überschreiten, Familienstand, Alter und Erwerbsfähigkeit des Steuerpflichtigen berücksichtigen und zum mindesten in der Art ihrer Erhebung den verschiedenen Gattungen der Vermögensanlage Rechnung trägt. Die Veranlagung muß auf einen bestimmten Stichtag abgestellt werden; um jedoch die hiermit verbundenen unvermeidlichen Zufälligkeiten auszugleichen, insbesondere auch das sich noch nachträglich bildende neue Vermögen in entsprechender Weise zu belasten, soll im Anschluß an die Vermögensabgabe ein Ausbau der Besitzsteuer erfolgen.

III.

Die hohen Einkommen sollen stärker belastet werden, indem eine Reichs-Einkommensteuer mit weitergeführter Progression mindestens für diese Einkommensteuerebenen eingeführt wird.

IV.

Die einzelnen Einkommensquellen sollen in erweitertem Umfang der Besteuerung erschlossen und dem Reiche zugänglich gemacht werden. Eine Kapitalertragssteuer soll die Erträge des Kapitals (Zinsen, Dividenden, Hypothekenzinsen usw.), eine Betriebsertragssteuer die einen gewissen Mindestbetrag übersteigenden Gewinne geschäftlicher Unternehmungen erfassen.

V.

Die Erbschaftsteuer soll unter Weiterführung der Progression stark erhöht werden. Sie soll auf Abkömmlinge und Ehegatten ausgedehnt werden. Für die Höhe des Abgabebesatzes soll nicht nur der Betrag der Erbschaft, sondern auch die Vermögenslage der Erben berücksichtigt werden.

VI.

Eine besondere Abgabenordnung soll dafür sorgen, daß die zu erlassenden Besetze auch wirksam, gleichmäßig und gerecht ausgeführt werden. Die Veranlagung soll überall in die Hände finanztechnisch besonders vorgebildeter Per-

sonen gelegt werden. Soweit nicht schon die neu zu erhebende Steuermoral zu einer wahrheitsgemäßen Einschätzung führt, soll sie durch staatliche Anzeugsmittel unbedingt gesichert werden.

Die Entwürfe zu I (Einziehung der Kriegsgewinne) sind bereits fertiggestellt; ihre Veröffentlichung ist angeordnet. Auch die übrigen Maßnahmen sind in Angriff genommen und sollen so schnell wie möglich zum Abschluß gebracht werden.

Ebert. Scheidemann.
Schiffer.

Groener gegen die Soldatenräte.

Der Konflikt zwischen dem Soldatenrat des Feldheeres bei der Obersten Heeresleitung und Generalquartiermeister Groener, über den wir gestern berichteten, steht, wie wir erfahren, in unmittelbarem Zusammenhang mit dem Weihnachtsurlaub Hindenburgs an die Offiziere. Um nun in Zukunft solche Kundgebungen, durch welche die Offiziere geradezu zur Stellung gegen die Soldatenräte aufgereizt werden, zu verhindern, verlangte der Soldatenrat des Feldheeres, daß ihm in Zukunft alle Schriftstücke mit politischem Charakter und alle Verfügungen, die die Tätigkeit der Soldatenräte angehen, zur Gegenzeichnung voraufgelegt sind. Bisher hatte der Soldatenrat keinen Anspruch darauf erhoben, weil die Regierung in dem Wehrheitssozialisten und früheren Abgeordneten Siebel selbst einen Vertreter bei der Obersten Heeresleitung hatte. Da dieser offensichtlich von seiner Stellung nicht den richtigen Gebrauch machte, trotzdem in einer Sitzung des Rates der Volksbeauftragten ausdrücklich beschlossen worden war, daß er politische Kundgebungen der Obersten Heeresleitung nicht zulassen sollte, hielt es der Soldatenrat für seine Pflicht, selbst eine schärfere Ueberwachung der Obersten Heeresleitung durchzuführen.

Bei der nun über diese Frage geführten Unterredung soll Groener die Mitglieder des Soldatenrats in einer Weise angefahren haben, die den Eindruck erweckte, als sei es Groener gar nicht zum Bewußtsein gekommen, daß zwischen heute und gestern die Revolution liegt. Groener lehnte eine Gegenzeichnung durch den Soldatenrat schroff ab und erklärte, daß er für seine Tätigkeit nur der Regierung gegenüber verantwortlich sei, mit der er immer im besten Einvernehmen arbeite.

Der Soldatenrat hat sich nun an die Regierung gewandt, um von ihr scharfe Ueberwachung der Obersten Heeresleitung und Genußnahme für das proponierende Benehmen Groeners zu fordern. — Aus diesem Benehmen wird man mit Recht auf die grundsätzliche Stellung Groeners zu den Soldatenräten schließen können. Zentralrat und Regierung werden nun Gelegenheit haben zu zeigen, ob es ihnen mit der Wahrung der lebenswichtigsten Interessen der Soldatenräte Ernst ist oder nicht.

Der triegerische Noxe.

Die „Deutsche Allg. Ztg.“ veröffentlicht an leitender Stelle eine Unterredung ihres Vertreters mit dem Volksbeauftragten Noxe, der die Bearbeitung der militärischen Fragen in der neuen Regierung übernommen hat. Noxe entwickelte sein militärisches Programm, das gegenüber dem Gesetz vom 12. Dezember über die Schaffung einer freiwilligen Volkswehr nichts neues enthält.

Interessanter ist, daß Noxe es als seine nächste Hauptaufgabe bezeichnete, gegen die von Osten drohenden Gefahren mit allen verfügbaren Mitteln einen starken Schutz zu schaffen. Die Reichsleitung denke nicht daran, die Uebergriffe der Polen auf deutschem Gebiet weiter ruhig mitanzusehen. Eine feste Hand werde sich dort in allernächster Zeit bemerkbar machen.

Diese Androhung Noxes steht in einem merkwürdigen Gegensatz zu der vor einer Woche ausgesprochenen Absicht Eberts und Scheidemanns, auf einen Vorstoß der Polen einzugehen, ihnen in Biala 10 000 Gewehre abzutreten, eine Absicht, die von unseren ausgeschiedenen Genossen bekämpft und schließlich verhindert worden ist.

„Lügen haben kurze Beine“.

Die Wahrheit dieses Sprichwortes erfahren jetzt auch die Ebert und Genossen bei ihrem Versuch, die Schuld an dem Blutbad vom 24. Dezember von sich auf den bisherigen Kriegsminister Scheuch abzulenkten. Die „Freiheit“ hat im gestrigen Morgenblatt bereits die Tatsache mitgeteilt, daß Herr Scheuch im Interesse seines militärischen Ansehens gegen den ihm unterstellten Wahnsinn protestiert hat, er habe, um das Leben eines Menschen zu retten, das Gebäude, in dem sich dieser befand, mit Artillerie beschießen lassen. Weiter teilten wir mit, der dem Kriegsminister erteilte Auftrag habe dahin gelautet, „rücksichtslos mit Militärgewalt den Widerstand der Matrosen zu brechen, um die Autorität der Regierung zu wahren“.

Gegen diese Darstellung ist von interessierter Seite in der „D. A. am Mittag“ ein Demersal erschienen, das behauptet, es sei nicht richtig, daß rücksichtslose Gewaltanwendung gegen die Matrosen befohlen worden sei, sondern der Befehl habe nur dahin gelautet, zu verhindern, daß Wels ermordet werde, und dahin zu wirken, daß der zwischen Regierung und Matrosen abgeschlossene Vertrag innegehalten werde. Mit diesem offiziellen Dementi ist den Ebert und Genossen ein Vorendienst erwiesen worden. Wäre es richtig, so wäre damit zunächst zugegeben, daß dem Zentralrat von Ebert und Genossen einer der beiden für den Befehl maßgebend gewesen Gründe verschwiegen worden ist, denn dem Zentralrat ist — wie er ganz richtig in seiner Fragebeantwortung wiedergegeben hat — von Ebert und Genossen nur gesagt worden, der Auftrag habe lediglich dahin gelautet, das Nötige zur Befreiung des Genossen Wels zu veranlassen.

Aber der in dem Dementi neu erwähnte zweite Grund zu dem Auftrag ist ebenso unsinnig wie der erste. Oder hat es bisher ein vernünftiger Mensch, geschweige denn ein Sozialdemokrat für möglich gehalten, daß ein Vertragstüchtender, um dahin zu wirken, daß ein abgeschlossener Vertrag innegehalten werde, ein mörderisches Artilleriefeuer auf seinen Kontrahenten eröffnet? Wo auch diese zweite Ausrede der Ebert und Genossen ist total verunglückt. Zudem wäre eine solche „moralische“ Einwirkung auch ein flagranter Bruch der am Abend vorher getroffenen Vereinbarung gewesen, die vorhandene Differenzen am anderen Morgen auf dem Verhandlungswege schlichten zu wollen. Wie sich die Ebert und Genossen auch drehen und wenden mögen, der von uns gegebene Sachverhalt ist richtig. Das bestätigt auch die „Polische Ztg.“ in ihrer gestrigen Abendnummer, indem sie schreibt:

Tatsächlich richtig an der Wiedergabe der „Freiheit“ ist jedenfalls das Bestehen eines Konfliktes zwischen Kriegsministerium und Volksbeauftragten. Es scheint auch, als ob dieser Konflikt sich um die Darstellung dreht, die die Volksbeauftragten von dem Vorgehen des Kriegsministers dem Zentralrat gegeben haben.

Wir sind in der Lage, unserer gestrigen Meldung heute hinzuzufügen zu können, daß der Kriegsminister Scheuch gestern morgen den Ebert und Genossen einen schriftlichen Protest gegen ihre falsche Darstellung eingereicht und verlangt hat, daß dieser Protest dem Zentralrat mitgeteilt werde. Auch von anderer Seite ist dafür gesorgt worden, daß der Zentralrat erfahren hat, wie er von Ebert und Genossen dupiert worden ist.

Die Genossen Haase, Dittmann und Bartz haben an den Zentralrat der A- und S.-Räte folgendes Schreiben gerichtet:

Werte Genossen!

Wir fühlen uns verpflichtet, Sie von folgender Tatsache in Kenntnis zu setzen:

Der Kriegsminister Scheuch stellt entschieden in Abrede, daß ihm von Ebert, Scheidemann, Landsberg der Auftrag erteilt worden ist, lediglich das Nötige zur Befreiung des Genossen Wels zu veranlassen. Er erklärt vielmehr, daß die Darstellung, wie sie auch die „Freiheit“ in ihrer heutigen Morgen-Ausgabe bringt, richtig sei. Danach ist der Auftrag dahin gegangen, rücksichtslos mit militärischer Gewalt

den Widerstand der Matrosen zu brechen, um die Autorität der Regierung zu wahren.

Der Kriegsminister Scheuch hat bereits gestern früh als er die Zeitungsmeldungen über die Sitzung des Rates der Volksbeauftragten mit dem Zentralkomitee las, in starker Erregung gegen die dort gegebene Darstellung protestiert. Wie wir erfahren, hat er heute eine Urkunde über den wahren Sachverhalt bei der Regierung hinterlegt, um vor der Geschichte nicht in einem falschen Lichte zu erscheinen. Danach fällt die Voraussetzung, von der aus der Zentralkomitee die ihm von uns vorgelegte Frage 1 beantwortet hat, in sich zusammen.

Dabei wollen wir nicht unerwähnt lassen, daß auch der Führer der Volksmarineteilung, Kadke, die ihm in den Mund gelegte Äußerung in Abrede stellte.

Nicht nur, um die historische Wahrheit zu retten, sondern auch, um die Wahrhaftigkeit in der Arbeiterbewegung zur Geltung zu bringen, haben wir geglaubt, Ihnen vorstehende Mitteilung machen zu müssen.

Die Verleugung dieses Schreibens, wie die ganze Affäre überhaupt, hat im Zentralkomitee großen Eindruck gemacht. Die Blutschuld an den Vorgängen vom 24. Dezember bleibt an den Oberst und Genossen hängen.

W. L. B. verbreitet folgende Erklärung:

Zu der Mitteilung der „Freiheit“ vom 30. 12. 1918 über einen Konflikt zwischen dem Kriegsminister und den Volksbeauftragten wird uns aus dem Kriegsministerium mitgeteilt, daß der Herr Kriegsminister dieser Veröffentlichung ebenso fernsteht, wie der Ritzig-Kriegsminister und Volksbeauftragte in der „F. J.“ vom gleichen Tage.

Wir bestätigen gern, daß der Kriegsminister unserer gestrigen Veröffentlichung fernsteht. Im übrigen bestätigt diese Wolff-Meldung, indem sie kein Wort der Widerlegung oder Anpreisung unserer Feststellungen bringt, die völlige Richtigkeit unserer Mitteilung, über die oben ja noch weiteres gesagt ist.

Kurz vor Redaktionsschluß bringt W. L. B. wieder eine „Berichtigung“ des Kriegsministeriums. Diesmal lautet sie:

Der frühere Volksbeauftragte Gause ist in einem auch der Presse übergebenen Brief an den Zentralkomitee nochmals auf die Vorgänge vom 23. Dezember zurückgekommen. Die Angaben dieses Briefes sind durchweg unrichtig. Der Kriegsminister erklärt hierzu: Ich habe nie und zu niemand gesagt, daß die Darstellung, wie sie die „Freiheit“ in ihrer Morgenausgabe vom 20. Dezember bringt, richtig sei. Mir ist nie der Auftrag gegeben worden, rachsichtslos mit militärischer Gewalt den Widerstand der Matrosen zu brechen, um die Autorität der Regierung zu wahren. Von einer durch militärische Gewalt zu wählenden Autorität der Regierung ist nie gesprochen worden. Mein „Konflikt“ mit der Reichsregierung bestand im wesentlichen in meiner Verweigerung, daß die Vorgänge, an denen ich doch stark beteiligt war, ohne meine Zustimmung in den Verhandlungen mit dem Zentralkomitee amtlich behandelt wurden.

Auch diese „Berichtigung“ drückt sich um den Kern der Frage herum. Es kommt nicht darauf an, unter welcher Begründung, sondern ob überhaupt der Auftrag gegeben ist, rachsichtslos mit militärischer Gewalt vorzugehen. — Ist dieser oder ein dem Sinne nach ähnlicher Ausdruck gefallen? Das ist die Frage, auf die beide „Berichtigungen“ des Kriegsministeriums keine Antwort geben.

Noch eine „Berichtigung“.

In dem Briefe der früheren Volksbeauftragten Gause, Pittmann und Barth findet sich der Satz: „Dabei wollen wir nicht unerwähnt lassen, daß auch der Führer der Volksmarineteilung Kadke die ihm in den Mund gelegte Äußerung in Abrede stellt.“ Es wird hiermit festgestellt, daß der Wortlaut der telephonischen Mitteilung Kadkes stenographisch aufgenommen wurde und folgendermaßen lautet: „Ich glaube nicht, daß Wels lebendig herauskommt.“

Wir bemerken demgegenüber auf die Erklärung, die Genosse Kadke der „Freiheit“ gegenüber abgegeben hat, und die dem direkt entgegensteht. Vielleicht wird sich Genosse Kadke veranlaßt fühlen, sich noch einmal zu der von der jetzigen Regierung ausgehenden Behauptung zu äußern.

Zur Vorgeschichte des Berliner Blutbades.

Der Zentralkomitee des III. Armeekorps veröffentlicht zu den Ereignissen des 24. Dezember folgende Erklärung:

Die Veröffentlichung eines Gespräches zwischen dem Generalleutnant Requis und dem Berichterstatter der „Völkischen Zeitung“, Hauptmann Seligmann, veranlaßt den Zentralkomitee des III. Armeekorps zu folgender Erklärung: In diesem Gespräch wird unter anderem gesagt, daß alle Berliner Truppen sowie auch das III. Armeekorps dem General Requis unterstellt seien. Demgegenüber hat der Zentralkomitee sich veranlaßt gesehen, eine Untersuchung in dieser Angelegenheit einzuleiten und kann danach folgendes feststellen:

Am 23. Dezember sind beim Gen.-Abd. des III. Armeekorps zwei Befehle folgenden Inhalts eingegangen:

An das Generalkommando III. A. A.

1. Auf Befehl des Kriegsministeriums sind mir alle Städte und Truppen Groß-Berlins und seiner Umgebung zur Aufrechterhaltung der Ordnung unterstellt, ich übernehme hiermit den Befehl.
2. Generalkommando III. A. A. stellt alle zuverlässigen, regierungstreuen Truppen seines Befehlsbereichs in ihren Garnisonen zu besonderen Abteilungen zusammen und hält sie bereit zu schnellstem Abtransport. Meldung über Stärke und Zusammenfassung der verfügbaren Abteilungen baldmöglichst an Generalkommando Requis.

3. Rüge zum Transport nach Berlin sind vom Generalkommando Requis anzufordern.

4. Zur dauernden Überwachung der Bahnknotenpunkte im Befehlsbereich des III. A. A. sind zuverlässige Offiziere zu entsenden, die dem Generalkommando Requis (Zentrum 8050, 12560) und dem Generalkommando Garde (Zentrum 12810, 12810) sofort über etwa anrollende Matrosen- oder sonstige Aufreißer-Abteilungen Nachricht zu geben haben.

Ein zweiter Befehl vom Kriegsministerium an das Generalkommando des III. A. A. lautet folgendermaßen:

Oberst Schmeitz übernimmt wegen Behinderung des 1. Kommandanten Weiss dessen Geschäfte.

Der Kriegsminister, gez. Scheuch.

Am 26. Dezember ging vom Kriegsministerium beim Generalkommando des III. A. A. folgender Befehl ein:

Die Städte und Truppen die bisher dem Generalleutnant Requis unterstellt waren, werden dem General der Infanterie Freiherrn v. Büttow, Kommandierendem General des

III. A. A., unterstellt. Dieser macht Vorschläge über die künftige Bekleidung und Beschickung des von ihm zu übernehmenden Stabes des Generalleutnants Requis. Mein Befehl Nr. 1. A. 1. vom 23. Januar, daß die Städte und Truppen Groß-Berlins dem Generalleutnant Requis unterstellt sind, erfährt dahin Abänderung, daß sie nunmehr dem General der Infanterie Freiherrn v. Büttow unterstellt werden.

Der Kriegsminister, gez. Scheuch.

Nach vorhergegangener Vereinbarung zwischen dem Generalkommando des 3. Armeekorps und dem Zentralkomitee des 3. Armeekorps hätten alle drei Befehle sofort Leberecht vorgelegt werden müssen; dies ist von Seiten des Generalkommandos nicht geschehen. Erst am 27. Dezember gelang es dem Zentralkomitee, nachdem er Kenntnis von dem Bestehen dieser Befehle erhalten, durch Forderung dieser Befehle in seine Hände zu bekommen. Der stellv. Generalkommandant des 3. Armeekorps Rebe, v. Siebed erklärte dazu folgendes: Es sei nicht seine Absicht gewesen, dem Zentralkomitee diese Befehle vorzuenthalten, er hätte vielmehr

Sammelt für den Wahlfonds!

Die Stunde der Entscheidung rückt näher und näher. Der Wahlkampf zur Nationalversammlung wird mit stetig wachsender Festigkeit geführt.

Wer den Sieg der Arbeiterklasse will, werbe Mitglieber und Wähler für die U. E. V. D. und sammle Beiträge für den Agitationsfonds.

Geldsendungen sind zu richten an Frau Luise Zieh, Berlin N.W. 6, Schiffbauerdamm 21 (Postcheckkonto Nr. 32 287), und an Richard Herbst, Berlin S.O. 36, Schilderstr. 5. Dort werden auch Sammellisten ausgegeben.

Genossinnen und Genossen! Rastet nicht, übertrefft Euch selbst! Es geht um alles!

angenommen, daß vom Zentralkomitee beim Einlaufen dieser Befehle niemand mehr anwesend gewesen sei. Demgegenüber sieht der Zentralkomitee sich gezwungen, der breiten Öffentlichkeit folgendes zur Kenntnis zu geben:

Am dem sechzehnten Tage sowie an jedem Sonn- und Feiertage ist ständig ein Mitglied des Zentralkomitees zugegen gewesen. Dieses muß auch dem Chef des Stabes sowie seinen Mitarbeitern bekannt gewesen sein, da es durch Rundschreiben dem gesamten Personal im Hause des Generalkommandos des dritten Armeekorps mitgeteilt worden ist. Demzufolge muß der Zentralkomitee feststellen, daß er von der Dienststelle des Generalkommandos übergegangen worden ist. Gleichzeitig erklärt der Zentralkomitee, daß er beide Befehle, welche vom Kriegsministerium beim Generalkommando des 3. Armeekorps eingegangen sind, da dieselben der Generalzeichnung des Unterstaatssekretärs Währe entsprechen, nicht für rechtlich verbindlich anerkennen kann, und ersucht das Kriegsministerium zur Reueherung darüber. Weiter erklärt der stellvertretende Chef des Stabes, Freiherr v. Siebed: Nach Eingang des Befehls des Generalleutnants Requis hätte eine persönliche Aussprache zwischen dem General Requis und dem kommandierenden General des 3. Armeekorps, Freiherrn v. Büttow, stattgefunden. Danach hätte der kommandierende General des 3. Armeekorps, Freiherr v. Büttow, erklärt, daß er als älterer Offizier sich nicht unter das Kommando des Generalleutnants Requis stellen könnte und die ergangenen Befehle für ihn hinfällig seien. Weiter wünscht der stellvertretende Chef des Stabes, Freiherr v. Siebed, festzustellen zu haben, daß von Seiten des Generalkommandos des 3. Armeekorps nichts unternommen worden sei, was die Aktion des Generalleutnants Requis in irgendeiner Weise gefördert hätte. Daß Truppenteile des 3. Armeekorps an dieser Aktion des Generalleutnants Requis am Dienstag, den 24. Dezember, in Berlin teilgenommen haben, erklärt sich aus folgendem: Nach Verfügung des Armeekorps-Oberkommandos waren sämtliche aus dem Felde heimkehrende Truppen dem Generalkommando Requis unterstellt. Hälfte der Zentralkomitee des 3. Armeekorps davon Kenntnis gehabt, daß die aus dem Felde heimkehrenden Truppen, welche dem 3. Armeekorps angehören, zu der Aktion des Generalleutnants Requis herangezogen werden sollten, hätte sich der Zentralkomitee gezwungen gesehen, ganz energischen Protest beim Kriegsministerium sowie beim Generalkommando Requis einzulegen. Weitere Schritte betreffs Abtransport der dem 3. Armeekorps angehörenden Truppen in der Deeresgruppe Requis hat der Zentralkomitee des 3. Armeekorps bereits unternommen.

Aus dieser Erklärung geht hervor:

- 1. daß das Kriegsministerium schwerwiegende Befehle erläßt, ohne sie von Wöhre gegenzeichnen zu lassen,
 - 2. daß die verantwortlichen Stellen sich, sobald es ihnen paßt, einfach über die zuständigen Soldaten-Räte hinwegsetzen, als hätte es nie eine Revolution gegeben,
 - 3. daß zum III. A. A. gehörende Truppen zurückgeholt und dem General Requis unterstellt wurden, entgegen dem Wunsch des zuständigen Zentral-Soldaten-Rats.
- Daß ausserdem die Befehle, die mit dem Blutbade am Schloß in unmittelbarem Zusammenhang stehen, den zuständigen Soldaten-Räten vorenthalten wurden, ist wohl kein Zufall.

Neue Zusammenstöße in Posen.

Berlin, 30. Dezember. (W. L. B.) Wie wir aus Posen erfahren, sind im Laufe des Vormittags mehrfach neue Zusammenstöße erfolgt. Die militärische Gewalt ist der Bürgerwehr übertragen. Die Zahl der Todesopfer beträgt, wie das Pressebüro des Soldatenrats mitteilt, bis jetzt etwa 30.

Neben die Vorgänge am 27. abends gibt das Bureau des Soldatenrats noch folgende Darstellung: Gegen 5 Uhr nachmittags erbat sich der vom Soldatenrat beauftragte Leiter des Sicherheitsdienstes im Polizeipräsidium Wensky militärischen Schutz vom Feldart.-Regt. 20. Dieser kam mit zwei Maschinengewehren, die vor dem Dienstgebäude nach dem Willensplan zu aufgestellt wurden. Bei der allgemeinen Aufregung fiel von irgend einer Seite (ob von den Sicherheitsmannschaften oder von der Straße, ist nicht festzustellen) der erste Schuß. Es entspann sich ein Feuergefecht mit Maschinengewehren und Handgranaten.

Um unnützes Blutvergießen zu vermeiden, wurde zwischen Delegierten des polnischen Bürgerwehrekommendanten und solchen des Polizeipräsidiums verhandelt. Während die ersten im Polizeipräsidium wollten, fielen draußen neue Schüsse. Es gelang, eine Einigung zu erzielen, allerdings, daß die

Mannschaften vom Feldart.-Regt. mit den Waffen, aber ohne Munition abziehen konnten. Das geschah. Die deutschen Soldaten vom Feldart.-Regt. fügten sich. Um einen mißverständlichen Angriff auf sie zu verhindern, wurden sie von drei Gruppen polnischer Bürgerwehr eskortiert. Auf dem Polizeipräsidium blieben 24 deutsche und 24 polnische Soldaten bis heute morgen als Wache zurück.

Die Schierei vor dem Schloß soll dadurch entstanden sein, daß etwa 100 Mann von der Grenadier-Kaserne heranzögen. Sie luden noch Kampf entzweiigt worden.

Diese amtliche Meldung straft die Marnnachrichten der bürgerlichen Presse Lügen, die bereits (wie immer) von Hunderten von Toten reden.

Landenberg gegen die polnischen Ansprüche.

Breslau, 30. Dezember. An der heutigen Sitzung des Zentralkomitees für Schlesien, die sich mit der Tschoden- und Polensfrage beschäftigte, gab der Volksbeauftragte Landenberg namens der Reichsregierung eine Erklärung ab, daß die Regierung nicht gewillt sei, vor irgend einer Nachkarnation, die etwa vor dem Friedenslangreich Gebiet, das zu Deutschland gehörte, wegzunehmen gewillt sei, zu kapitulieren, solange sie die Macht zum Widerstande habe. Die deutsche Sache sei der Regierung heilig, deutsches Land lasse sie sich nicht nehmen, sie werde allen Uebergriffen mit allen Nachsmitteln entgegenstreiten. Kein Volk habe, nachdem der Waffenstillstand geschlossen sei, das Recht, den Krieg fortzusetzen und dem Friedenslangreich vorzugreifen.

Der Streit in Oberschlesien.

Zusammenstöße und militärisches Eingreifen.

Beuthen, 30. Dezember. Während auf einzelnen Gruben, so auf der Hedwig-Bunisch, Ludwig-Mühl, Frankenburg und zum größten Teil auf der Kapellen-Grube der Zustand als erloschen betrachtet werden kann, ruht die Arbeit vollständig auf den Bezirken des Antonien-Gülden-Bezirks. Auch auf der Hohenollern-, Breußen- und Lubenski-Grube wird noch nicht gearbeitet. Neu hinzugekommen sind ferner Leopold-Grube und Gräfin Johanna-Schloß.

In Lepine kam es zu argen Ausschreitungen, wobei die Bergbesitzer mißhandelt wurden. Militär schritt ein und gab eine Salve ab, wodurch eine Person getötet, andere verletzt wurden. Dergleichen kam es auf der Rathiberg-Grube zu Ausschreitungen. Nur schnelle Hilfe von der Regierung kann hier unermesslichen Schaden verhüten.

Auf der Heinitzgrube erschien am Sonnabend eine Deputation, die verschiedene Forderungen stellte, u. a. die Befreiung von der Auszahlung von 800 bzw. 750 Mark an jeden Arbeiter. Die Gruben erklären, diese Forderungen nicht bewilligen zu können. Ihre Bewilligung würde eine Ausgabe von 150 Millionen Mark bedeuten.

W. L. B. verbreitet folgende weitere Nachrichten:

Am Gohardtschacht bei Ergow überfielen freikampfbewegte Bergleute am Sonnabend die Betriebsstelle der gräflich-schlesischen Bergverwaltung, um sich des Direktors Nach (N.) des Betriebsleiters Lorenz und des Steigers zu bemächtigen, die sie zwingen wollten, ihre unbilligen Lohnforderungen zu bewilligen. Dabei wurden sämtliche Beamte schwer mißhandelt und nicht unerheblich verletzt. Der Leiter Reimann, welcher für einen Beamten eintreten wollte, wurde ebenfalls schwer mißhandelt.

Die Bergbauarbeiten der Oberschlesischen Gruben sind fast vollständig zum Stillstand gekommen, wenn die Bergleute nicht innerhalb zwei Tagen die Arbeit vollständig wieder aufgenommen haben, da nur noch Kohle für etwa zwei Tage vorhanden ist, um die Wasserhaltungsmaschinen in Betrieb zu erhalten. Zum Schutz der Bergwerke trafen starke Truppenabteilungen in einzelnen Orten ein.

Aufnahme der Arbeit im Ruhrrevier.

Essen, 30. Dezember. Wie wir erfahren, sind die Bergwerke der Schächelanlagen Gesellschaft „Deutscher Kaiser“, „Lohberg“, „Rhein II“, „Kamuff“, „Westend“, „Montfordia“, „Althaden“ vollständig angefahren.

Die Bergarbeiter der Schächelanlagen „Gute Hoffnungshütte“, „Stierkade“, „Gugo“ und „Oberhausen“ streiken noch. Die Verwaltung der „Gute Hoffnungshütte“ hatte den Bergarbeitern Entschädigungen nur für die durch den Streik ausgefallenen Tage zugesagt. Heute morgen zogen die Bergarbeiter der „Stierkade“ und „Gugo“ unter der Führung von Hansrueter Bergarbeitern zur Schächelanlage „Eiserfeld“ und zwangen die Bergleute auf diesem Schacht, die Arbeit niederzuliegen. Jede „Bondern“ und „Jatobi“ arbeiten noch.

Genosse Wurm und das Reichsernährungsamt.

W. L. B. teilt mit: Staatssekretär Wurm hat sich mit den drei aus der Reichsregierung ausgeschiedenen Unabhängigen solidarisch erklärt und hat sein Amt zur Verfügung gestellt. Auf Ersuchen der Reichsregierung hat Herr Wurm sich aber bereit erklärt, die Geschäfte des Reichsernährungsamtes bis zur Ernennung eines Nachfolgers weiterzuführen.

Braunschweig löst seine Truppenverbände auf.

Braunschweig, 30. Dezember. Das „Amtsblatt“ veröffentlicht ein Gesetz, nach dem mit der vollzogenen Auflösung sämtlicher im Braunschweigischen Lande garnisonierenden Truppenverbände und Verbänden begonnen wird, ausschließlich der Bezirkskommandos, Lazarets, des Probantamts und der Garnisonverwaltung. An Stelle des stehenden Heeres tritt nach der vollständigen Demobilisation die freie Volkswehr. Die Anordnungen des 10. Armeekorps sind für Braunschweig nicht maßgebend.

Die künftige Verfassung der deutschen Republik.

Die „Pol.-Carl. Nachr.“ verbreiten die bisherigen Meinungsäußerungen über die künftige Verfassung der deutschen Republik, wie sie der Nationalversammlung vorgelegt werden dürfte. Man darf wohl annehmen, daß damit der Entwurf wiedergegeben wird, den die Regierung vorzulegen gedenkt. Die Ausführungen verdienen deshalb Beachtung.

An die Spitze der deutschen Republik soll danach ein vom ganzen Volke in direkter Wahl gewählter Präsident treten. Es schweben noch Erwägungen darüber, ob als gewählt berienige Wahlbewerber gelten soll, der die relative, oder nur, wer die absolute Mehrheit hat. Der Präsident soll in seinen Rechten ungefähr zwischen dem amerikanischen Präsidenten und dem englischen König stehen. Wie der amerikanische Präsident wird er von dem ganzen Volke gewählt werden, aber zum Unterschiede von diesem in direkter Wahl. Während dagegen der amerikanische Präsident seine Staatssekretäre nach seinem Belieben ernannt, soll der Präsident der deutschen Republik, wie der König von

Theater und Vergnügungen.

Volksbühne. Theater am Bülowplatz. Direktorin Fried. Kessler. 7 1/2 Uhr: Komödie für Liebe.

Opernhaus. 7 1/2 Uhr: Die Fledermaus. Schauspiele. 7 1/2 Uhr: Kyrie-Epiphany.

Deutsches Theater. 7 1/2 Uhr: Das rote Licht schied in der Dunkelheit.

Kammerspiele. Dienstag 7 1/2 Uhr: Die letzten Tage der Pompeji.

Kleines Schauspielhaus. Fasanenstr. 1, Port 2. Dienstag 7 1/2 Uhr: Der dunkle Bruder.

Theater i. d. Königgrätzer Str. 7 1/2 Uhr: Eisele. Komödienhaus. Schillergäßchen 23, a. d. M. Wilhelmstr.

Berliner Theater. 7 1/2 Uhr: Die tanzende Nymphe. 7 1/2 Uhr: Sterne, die wieder leuchten.

Lessing-Theater. 7 1/2 Uhr: Der Schöpfer. Mittwoch: Der Schöpfer. Donnerstag: Der Schöpfer.

Deutsches Künstler-Th. 7 1/2 Uhr: Nachtbeleuchtung. Mittwoch u. folgende Tage 7 1/2 Uhr: Nachtbeleuchtung.

Trianon-Theater. 7 1/2 Uhr: Der gute Ruf. Von Hermann Sudermann.

Central-Theater. 7 1/2 Uhr: Die Rose von Stambul. Deutsches Opernhaus Charlottenh.

Kleines Theater. 7 1/2 Uhr: Bürger Schippel. Komische Oper. 7 1/2 Uhr: Schwarzwaldmüdel. Lustspielhaus.

Metropol-Theater. 7 1/2 Uhr: Die spanische Flöge. 7 1/2 Uhr: Die Faschingsfee. Neues Operettenhaus. 7 1/2 Uhr: Die keusche Susanna. 7 1/2 Uhr: Das Glücksmüdel. Palast-Theater. 7 1/2 Uhr: Der Struwwelpeter. 7 1/2 Uhr: Der Mikado. Bühnen-Theater Charlottenberg. 7 1/2 Uhr: Z. i. M. D. Reisebegleiter.

Illustriertes Theater. 7 1/2 Uhr: Polnische Wirtschaft. 7 1/2 Uhr: Frau Holle. Theater am Bülowplatz.

Theater des Westens. 7 1/2 Uhr: Der Juxbaron. 7 1/2 Uhr: Die lustige Witwe. Donnerstag 4 Uhr: Aschenbrödel.

Wagner-Theater. 7 1/2 Uhr: Graf Habernichts. Mittwoch, Sonntag u. Sonntag 7 1/2 Uhr: Der Nibelungen.

Residenz-Theater. Allabendlich 7 1/2 Uhr: „Der Lebnisschüler“. Mittwoch, 1. Jan., nachm. 7 1/2 Uhr: Kothäppchen. Samstag, 4. Jan., nachm. 7 1/2 Uhr: Kothäppchen.

Rose-Theater. Gendy, d. Friedr. Wilhelmstr. Theat. 7 1/2 Uhr: Das Dreimäderlhaus. Wallhalla-Theater. 7 1/2 Uhr: August der Starke.

Casino-Theater. Lothring. Str. 37. Tägl. 7 1/2 Uhr: Der erste gezeichnete Schläger. Die goldene Brücke. Volkstück in 3 Akten. Vorher erstkl. Spezialitäten. Am 1. und 3. Januar, nachm. 4 1/2 Uhr: Friede auf Erden.

Wintergarten. Das grosse Spezialitäten-Programm. Anfang 7 1/2, 8 Uhr.

APOLLO Theater. Dir. JAMES KLEIN. Allabendlich 7 1/2 Uhr, Sonntag 3, und 7 1/2 Uhr: Die Welt geht unter! Santa Monica! Loth. Theater. Franz Rauch. Fritz Beckmann. Präzise Stücke. NADCHURA'S Elefant. ROSTON'S Affenmensch. Transys Blumenkorso usw. Sonntag 3 1/2, jed. Erwachsene 1 Kl. frei!

KURÜRTEIN DAMM

UT

DOLA NEGRJ Carmen

Metropol Kabarett Schönebergstr. 53-54. Direktion ALEX BRAUNE.

5 Uhr

Das hervorragende Kabarettprogramm. Gygyi-Konzerte. Vorzügliche Küche. Getränke — Gebäcke. Sonntags Anfang 4 Uhr.

Eintritt frei!

Lieban-Kabarett — Künstler-Diele — Taubenstr. 34. Ab 4 Uhr: Orchester von 6-7 1/2 Uhr — das große Programm — Ab 7 1/2 Uhr: Tanz. Lebt russ. Tee, Kaffee, Mokka, Schokolada, Fein-Gebäck. 5. Preis — 8. Preis — 10. Preis.

Cabaret Tivoli Frankfurter Allee 287. Ink.: Rik Dahlster. Täglich: Anfang 8 Uhr Spezialitäten u. Carl Lanzer, Sprecher d. Volkes. Freilicht-revolutionäre Vorträge.

KAMMER LICHTSPIELE

Die Favoritin des Thronfolgers

Ein Film aus dem russischen Hofleben. 5 Akte.

UT UFA

Unter der Linde Alexanderf. Westpl.

Henny Porten

im Schauspiel: „Die blaue Leier“. Regie Rudolf Biebrach. Weibergweg. Kassabühne. **Söhnes des Volkes**. Sozialist. Monumentalfilm von Sophie Michaelis und Ole Olson mit Gunnar Tolnass u. Lili Jakobson. **Der Rattenfänger**. Die alte Sage neu erzählt von Paul Wegener, Hauptpersonen: Paul Wegener, Lyda Salmonova. **Der Stellvertreter**. Hauptrollen: Ernst Reichert.

MOZART SAAL

Der Trompeter von Säckingen

Joseph Viktor von Scheffel. 4 Akte. — Bearbeitet von Franz Porten. Musik von Professor Ferdinand Mummel. Regisseur: Paul Hertmann.

Sprech-Apparate und Platten

BIAL & FREUND

ALEXANDERSTR. 97. BERLIN S. 42.

GROSSE AUSWAHL. BILLIGE PREISE. Auf Wunsch BEQUEME ZAHLWEISE.

Verlangen Sie unsern Prospekt 333.

PAUL CASSIRER VERLAG

Sozialistische Schriften zur Revolution

KARL KAUTSKY

Habsburgs Glück und Ende. Preis 3 Mark.

Das Buch vom Kampf der Nationalitäten und der Revolution in der alten Donaumonarchie.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Verwaltungsstelle Berlin - N. 54, Liniestr. 23-25. Geschäftszeit von 9-1 Uhr und von 4-7 Uhr. Telefon: Amt Norden 185, 1230, 1027, 9714.

Branchenversammlung aller Widler, Widlerinnen u. Isolierer

Berlins und Umgegend im Lokal von Riedel, Suisfittenstraße 40.

1. Bericht über die Reichstagsarbeiten. 2. Bericht über die Reichstagsarbeiten. 3. Bericht über die Reichstagsarbeiten.

Zur besonderen Beachtung: Kollegen, wegen der Wichtigkeit dieses Antrages ist es Pflicht, das Ihr Verbleiben und pünktlich zur Stelle zu sein.

Deutscher Holzarbeiter-Verband

Bermölung Berlin. Tel.: Amt 16023, 3078. Bureau: Jungferstraße 50.

Vertrauensmännerversammlungen.

Tischler-Bezirk Offen 1. Donnerstag, den 2. Januar, abends 7 1/2 Uhr, bei Wladimir, Blumenh. 33. Tagesordnung: 1. Bericht des Obmannes. 2. Verbandsangelegenheiten. 3. Bericht des Obmannes.

Tischler-Bezirk Offen 2. Donnerstag, den 2. Januar, abends 7 1/2 Uhr, bei Stein, Borghagenstr. 18a. Tagesordnung: 1. Bericht des Obmannes. 2. Bericht der Vertrauensleute. 3. Verbandsangelegenheiten. Jede Werkstatt muß vertreten sein, die Vertrauensmännerkarten werden in dieser Versammlung ausgegeben.

Tischler-Bezirk Nord-Offen. Donnerstag, den 2. Januar, abends 7 1/2 Uhr, bei Ruchmann, Große Frankfurter Str. 18. Tagesordnung: 1. Bericht des Obmannes. 2. Bericht der Vertrauensleute. 3. Verbandsangelegenheiten. Jede Werkstatt muß vertreten sein.

Abteilung Tischler Bezirksvereine. Der Freitagabend werden unsere Vertrauensmännerversammlungen erst am Montag, den 6. Januar, abends 8 Uhr, im Lokal von Rob. Kühn, Eichenberg, Friedrich-Rath-Str. 84, stattfinden. Kollegen erscheinen pünktlich.

Branchenversammlungen.

Waldarbeiter. Donnerstag, den 2. Januar, abends 7 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engelauer 15, Saal 1. Versammlung der Waldarbeiter, Geiger und Kogelner Arbeiter. Tagesordnung: 1. Die Befreiung der Waldarbeiter aus den Tischler- und Kogelner-Verbands- und Branchenangelegenheiten.

Einheber. Sonntag, den 5. Januar, vormittags 10 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Saal 3. Tagesordnung: 1. Jahresbericht. 2. Wahl der Delegierten zur Generalversammlung. 3. Wahl des Obmannes. 4. Verbandsangelegenheiten. Die Versammlungen beginnen pünktlich. Es ist Pflicht der Kollegen, der Einladung Folge zu leisten.

Achtung! Inserat folgt heute 2 Uhr

Abgeordnetenhause, Zimmer 17

NEUJAHRSWÜNSCHE

für den **INSERATENTEIL**

der „Freiheit“ erbitten wir **sofort.**

Für Deutschland freigegeben.

J'accuse.

Von einem Deutschen (Dr. Richard Grelling). Ein Band in Großoktav, 371 Seiten. Preis Mk 12,50.

Das Verbrechen.

Vom Verfasser des Buches „J'accuse“. Drei Bände, Großoktav, zusammen 1100 Seiten, jeder Band Preis Mk 12,50.

Die Werke „J'accuse“ und „Das Verbrechen“, welche ihren Siegeslauf durch die ganze Welt genommen und fast in allen lebenden Sprachen in Übersetzung erschienen sind, bedürfen keiner weiteren Empfehlung mehr. Was der Verfasser — als erster und einziger Deutscher — schon nach wenigen Kriegsjahren bewiesen hat, die Schuld der Hohenzollern und ihrer Helfershelfer am Kriege, was er schon damals und seitdem unentwegt gefordert hat, den Sturz dieser schuldbeladenen Dynastie — das ist heute, nicht zum wenigsten dank dieser Schriften, zur anerkannten Wahrheit und zurechenlichen Tatsache geworden.

Zu beziehen durch alle Buchhandlungen oder direkt von dem Verlage Payot & Cie., Lausanne.

Warschauer Konzert-Hallen.

Berlin, Warschauer Str. 31 (am Bahnhof Warschauer Brücke). Täglich: Künstler-Unterhaltungs-Konzert unter Mitwirkung des Violinvirtuosen Horst Jung. Anfang Wochentags 6 Uhr, Sonntags 4 Uhr. Eintritt frei!

Warme Küche. Kaffee auch in Kannen. Bestgepflegte Getränke.

Alleinstehende Freunde und Genossen!

Dienstag, den 31. Dezember, pünktlich 7 1/2 Uhr **Sylvesterfeier** für Alleinstehende im Dresdener Garten, Dresdenerstr. 45. Vorträge • Rezitationen • Lieder zur Laute • Bücherverlosung bei zwanglosem Zusammensein. Jeder alleinstehende Mann und Frau ist herzlich eingeladen. Eintritt frei! Leon Hirsch.

H. G. B. Reußka.

Am 26. d. M. verstarb an Bluterkrankung unser Genosse, der Tischler **Ernst Schwarze** (Jahrg. 3. 4. Bezirk). Die Beerdigung findet Dienstag, den 31. Dezember 1918, nachm. 3 1/2 Uhr auf dem Harnischhof, Dörmannstr., statt. Ohne seinem Hinterbliebenen. Von Seiten der Beerdigungsmittler.

Kleine Anzeigen

Strassenhändler für **„Die Freiheit“** ständig gesucht **Schiffbauerdamm 19.**

Bei Einkäufen berufe man sich stets auf den Inseratenteil der **„Freiheit“**. Jeder Geschäftsmann wird für diesen Hinweis dankbar sein.

Danksagung.

Meine Freunde, Verwandten, Parteigenossen und Genossinnen, sowie die Kollegen der Schwarzloppsbetriebe, die Hausbesitzer Majakow, 65 und der Ringerbergverein Reinickendorf-Ort, desgleichen der örtliche Arbeiter- und Soldatenrat haben an dem Begräbnis meiner lieben, unvergesslichen Frau den herzlichsten Anteil genommen. Für ihr zahlreiches Erscheinen, sowie die vielen Spenden sage ich allen meinen warmen Dank. Ich wünsche, daß alle Teilnehmer die Worte des Dichters beherzigen, die Genosse Gildesheimer in seiner tiefempfundnen Grabrede gillerte:

„O steh gestützt — feib bereit, O waffet, daß die Erde In der wir ruhen starr und hart, Ganz eine freie werde.“

Karl Def.
Ww. Schmölke als Mutter und Geschwister.

Hiermit bestelle ich ein Exemplar der Zeitung **„Die Freiheit“** Erscheinungsort Berlin.

für das erste Quartal 1919 zum Preise von 6.— Mark

für den Monat Januar 1919 zum Preise von 2.— Mark

exklusive Befriedigung.

Der Bezugspreis einschließlich Postgebühren ist durch den Briefträger von mir einzuzahlen.

Name

Strasse

Postamt

Die Ablieferung der Lebensmittel.

Aus Verbraucherkreisen ist während des Krieges in Wort und Schrift in stetiger Wiederkehr die Klage erhoben worden, daß eine der Hauptursachen des Nahrungsmittelmangels in der schlechten Ablieferung der Erzeugnisse durch die Landwirte zu erblicken sei.

Mehrfach, und namentlich auch in letzter Zeit, haben sich landwirtschaftliche Organisationen in der Abwehr dieser Angriffe bitter über unberechtigte Verleumdungen beklagt und dabei betont, daß mit dieser Hebe gegen die Landwirte die Arbeitsfreudigkeit der landwirtschaftlichen Erzeuger stark beeinträchtigt werde.

Es darf bei Beurteilung der Angriffe auf die Landwirtschaft nicht unbeachtet bleiben, daß sie sich in sehr vielen Fällen auf Darlegungen und Behauptungen autoritativer Kreise und Personen stützen konnten. Hervorragende Mitglieder der früheren Regierung, auch praktische Landwirte haben sich nicht scheut, den Finger auf eine offene Wunde zu legen und denjenigen Kreisen in der Landwirtschaft, die durch ihre Verhältnisse das Ansehen des Berufs in Gefahr brachten, erste Verwahrungen zukommen zu lassen.

Es wäre nur töricht zu behaupten, daß alle Landwirte pflichtwidrig gehandelt hätten und daß die Zurückhaltung der Lebensmittel allgemein sei. Denjenigen Landwirten, deren Pflichterfüllung eine zweifellose ist, gibt auch die neue Verordnung über die Bekämpfung des Schleichhandels eine wahrcheinlich erwünschte Gelegenheit, ihre korrekte Ablieferung sich bestkräftigen zu lassen.

Reichskonferenz des Spartakusbundes.

Gegen die Beteiligung an der Nationalversammlung.

Kabel, der Vertreter der russischen Sowjetrepublik, über dessen Rede wir im gestrigen Abendblatt teilweise berichtet haben, betonte zum Schluß, daß die russischen Arbeiter entschlossen seien, im Kampf mit den Entente-Truppen solange auszuharren, bis die Entente entweder den Kampf mit dem Proletariat der ganzen Welt führen müsse, oder als Ausfallslos von selbst aufgeben würde.

Einmütig wurde beschlossen, der russischen Sowjetregierung ein Begrüßungstelegramm zu senden.

Auch an die streikenden Bergarbeiter in Oberschlesien wird ein Sympathietelegramm abgesandt.

Nach der Mittagspause referiert Paul Rebi-Berlin über die

Nationalversammlung.

Im Auftrage der Zentrale empfahl er die Beteiligung an den Wahlen. Er habe einen schweren Stand. Gleich der erste Satz, den er aussprach, stieß auf heftigen Widerstand und während der ganzen Rede wurde Rebi dauernd widersprochen, so daß der Vorsitzende wiederholt zur Ruhe mahnen mußte.

Rühle-Dresden: Durch die Beteiligung an den Wahlen würden wir uns wieder auf den Boden des Kompromisses stellen. Der Parlamentarismus sei vollständig abgeschlossen. Nur das Rätesystem läme noch in Frage.

Rosa Luxemburg, lebhaft begrüßt, tritt Rühle entgegen. Sie schäme, bemerkt sie einleitend, den revolutionären Plan, der aus dem rätmischen Widerspruch zum Vorschlag der Zentrale spricht.

Beelow von den Internationalen Kommunisten teilt deren Entschlüsse mit, in dem Spartakusbund auszugehen. Nach dem Bericht der Randalsprüfungscommission sind 46 Orte mit 83 Delegierten vertreten.

Der Vorsitzende ertagt die Verhandlungen auf Dienstag früh 9 Uhr.

Aus der Partei.

Die „Leipziger Volkszeitung“ gegen den Spartakusbund.

Anschließend an unsere Antwort an das Pronunciamento des Spartakusbundes gegen die U. S. B. schreibt die „Leipz. Volksztg.“ in ihrer Sonnabendnummer, das Verhältnis der Unabhängigen Sozialdemokratie zum Spartakusbund bedürfe unbedingt schneller Klärung.

Es geht nicht an, daß eine Organisation in der Organisation besteht. Das muß schließlich auf die Sprengung der Partei hinauslaufen, und wir sehen denn auch schon, daß dieses Ergebnis näher und näher rückt.

zwischen geschoben ist —, daß die Reichskonferenz des Spartakusbundes seine Kriegserklärung an die Partei in veränderter Form wiederholen werde.

„Wir hätten es lieber gesehen, wenn ein Parteitag unserer Partei den klärenden Strich gezogen hätte. Wir sind überzeugt, daß die Entscheidung der großen Mehrheit in demselben Sinne fallen würde, wie sie an der letzten Generalversammlung der Berliner Parteigenossenschaft getroffen wurde.“

Auch darin stimmen wir unserem Leipziger Bruderblatt durchaus zu.

Gewerkschaftliches.

Lohnbewegung der Caféhauskellner.

Die Sektion der Caféhauskellner vom Zentralverband der deutschen Gastwirtsgehilfen tagte gestern mittag in einer Parteibesuchenden Versammlung in den Germania-Sälen. Die Versammlung nahm Stellung zu der von den Unternehmern abgeleiteten Forderung auf Abschaffung des Trinkgeldes.

Die Unternehmer wollten also das alte Abhängigkeitsverhältnis aufrecht erhalten wissen, und zwar sollten die Kellner nach zwei Seiten hin abhängig bleiben: nach der Seite der Gäste und nach der Seite der Unternehmer.

Der Vortrag fand kräftigen Beifall. Eine große Anzahl von Diskussionsrednern brachte den entschlossenen Willen der Versammlung zum Ausdruck, alles daran zu setzen, bis die berechtigten Forderungen der Kellner durchgesetzt seien.

Sollten die Caféhausbesitzer nicht schnellstens Winkeln halten, so werden wir in Berlin in allerzürstiger Zeit mit einem Streik der Caféhauskellner zu rechnen haben.

Die Maschinenarbeiter und Arbeiterinnen (D. M. B.)

nahmen am 20. Dezember in einer in den Rhurussälen sehr gut besuchten Branchensammlung den Bericht über die Verhandlungen mit der Unternehmerorganisation über den abzuschließenden Kollektivvertrag entgegen. Der Branchensekretär Paul Zirpich berichtete zuerst über die am 19. Dezember geflohenen Verhandlungen, in denen über Gohler, Vohrer, Stoher, Präfer, Stanger und Nieber beraten wurde.

Waffen. Von dem Ergebnis dieser nachmaligen Verhandlungen wird die Versammlung ihre weitere Zielsetzung abhängig machen. Die Verhandlung wurde ferner beauftragt, dafür zu sorgen, daß das Mehrheitsmitglied aus der Zeit geschäft wird, um den aus dem Hause kommenden Kollegen Platz für Arbeitsgelegenheit zu verschaffen. Zum Schluß der Versammlung machte der Kollege Lipitz noch auf die stattfindende Feier der gefallenen Matrosen aufmerksam, wobei es Pflicht eines jeden Arbeiters wäre, daran teilzunehmen und nicht zur Demonstration der Wehrheitssozialisten zu gehen.

Zum Streik bei der Wirtschaftsgenossenschaft. Zur Verhinderung der in der gestrigen Morgenausgabe des „Berliner Tageblatt“ veröffentlichten Rats gehen und aus den Kreisen der Angehörten und Kundenbenutzer folgende Einzelheiten zu: Die Anreden über das Meibergeld und die Gehälter der Bureauangestellten entsprechen nicht den Tatsachen. Im ganzen Betrieb ist nicht eine Dame, welche trotz zwölf, zwanzig- und mehrjähriger Tätigkeit ein Gehalt in erwähnter Höhe bezieht. Das Durchschnittsgehalt für Bureauangestellte ist 150 Mark. Ein höchst-Meibergeld von 500 Mark ist nur für solche Angestellten gefordert worden, die während der ganzen Kriegszeit bei der Firma tätig waren und einen großen Anstoß dadurch erlitten haben, daß ihnen in der Kriegszeit die früher stets gewährte Weihnachtsgarantierung somit viermal entzogen worden ist. Für erst kurze Zeit im Betriebe tätige Gehilfen sind nur 50 Mark Meibergeld gefordert. Ueberhaupt müssen zwangsweise bei der Firma gemacht werden, obwohl aus Angehörtenkreisen mehrfach der Vorstoß gemacht worden ist, die Ueberstunden fallen zu lassen und aus festem Gehältern soll diesen mehr humanitäre Stellenangebote einzuwickeln, selder erfolglos. Die Anreden sind absichtlich verfeinert; da verleiht es sich von selbst, daß höher gerahmte Monatsgehälter von 200 Mark bei heutigen Verhältnissen nicht ausreichen. Wenn es sich dabei z. T. um Kriegsindosiden handelt, könnte dies höchstens als ein Grund mehr angesehen werden, die Gehälter aufzubessern.

Groß-Berlin.

Sitzung des Vollzugsrates.

Gestern hielt der Vollzugsrat Groß-Berlin wieder eine Sitzung ab. Nach Erledigung geschäftlicher Angelegenheiten wurden die Zustände in der Kustantstube des Vollzugsrates zur Sprache gebracht. In der Bevölkerung Groß-Berlins bestehen zur Zeit über die Tätigkeit des Vollzugsrates ganz falsche Auffassungen. Täglich kommen Hunderte von Personen aus allen Bevölkerungsklassen mit den verschiedensten Anliegen. Oftmals stellt es sich heraus, daß Zivil- und Militärbehörden, wie auch Arbeiterorganisationen, die dort um Rat und Hilfe nachsuchenden einfach nach dem Vollzugsrat schicken, obgleich die Angelegenheit in das Tätigkeitsgebiet dieser Körperschaften fallen. Der Vollzugsrat ist gezwungen, diese Personen wieder an die in Frage kommende Stelle zurückzuführen, was nicht immer ohne Schwierigkeiten vonstatten geht, da die Intner wieder von einer zur anderen Stelle Geschickte mit Recht ungehalten werden.

Um diesen unhaltbaren Zuständen zu steuern, bitten wir, folgendes zu beachten:

Alle Meldeangelegenheiten, sowie Angelegenheiten Preussens, wie überhaupt alle außerhalb Groß-Berlins liegenden Fragen sind an den „Zentralrat der deutschen sozialistischen Republik“ zu richten, dessen Bureau sich im Herrenhaus, Leipziger Straße, befindet.

Arbeiter- und Angehörtenfragen, wie überhaupt alle Angelegenheiten, die das Arbeitsverhältnis betreffen, sind zunächst von den bestehenden Arbeiterausschüssen der Betriebe, und dann von der zuständigen Arbeiterorganisation zu regeln.

Soldaten, die Auskunft über Entlassungen, Lösung, Unterkunft, rückständige Gehälter usw. wünschen, erhalten diese durch die zuständige militärische Dienststelle.

Dringlichkeitsbewilligungen für Reisen, Paß, Bismarck und dergleichen Angelegenheiten werden von den zuständigen Polizeirevierern bzw. Polizeipräsidium erledigt.

Arbeitslose, die Auskunft über Unterstützung und Gewerbeschulung wünschen, erhalten diese, wenn sie die diesbezüglichen Blatte beachten. Sie ersparen sich dadurch Kundenlanges Warten. Dergleichen muß erneut darauf hingewiesen werden, daß alle anderen Unterstützungen für Zivilpersonen von der Gemeinde geregelt werden, in der die Betroffenen ihren Wohnsitz haben. Beschwerden gegen die Unterstützungscommissionen sind an den Vorsteher des betreffenden Stadtbezirks zu richten.

Mietangelegenheiten, Steinerung, unrechtmäßige Kündigung usw. werden durch das Mietvermittlungsbüro erledigt. Oftmals gehen dem Vollzugsrat schriftliche Anträge zu, die die vorstehenden Fragen betreffen. Alle diese Anträge können nicht erledigt werden.

Die Bevölkerung Berlins wird dringend gebeten, vorstehende Hinweise zu beachten. Jeder erspart sich unnötige Wege und lenkt die Karten. Auch der Vollzugsrat wird entlastet und kann sich anderen Aufgaben widmen.

Dann beschließt sich der Vollzugsrat mit der Ausarbeitung von Richtlinien für die Arbeiter- und Soldatenräte.

Um allen berechtigten Wünschen Rechnung zu tragen, sollen Vorbereitungen mit den einzelnen Berufsgruppen abgehalten werden. Das Stattfinden dieser Vorbereitungen wird demnächst bekanntgegeben.

Schüler der Freiheit.

Dem Demonstrationzug der Regierungssocialisten sahen am Sonntag zwei Kraftwagen voran, die verdeckt mit ihren Schildern „Hoch Obert — Scheibemann“ usw. einen ganz harmlosen Eindruck machten.

Im Innern bargen die Kraftwagen aber schwere und leichte Maschinengewehre mit Munition; dazu war die Bedienungsmannschaft noch mit Handgranaten ausgerüstet. Damit nicht genug,

waren auch noch 50 Gewehre für Mannschaften des Charlottenburger Sicherheitsdienstes aufgeladen.

Der eine Wagen war von der Fahrbereitschaft beim Hauptmann der Kraftfahrtruppen, der andere vom Registrator Charlottenburg gefüllt.

Die Fahrer sollen ihre Befehle vom Oberkommando in den Reihen erhalten haben, so wurde ihnen wenigstens berichtet.

Diese Fahrzeuge bildeten die Spitze des Zuges und es scheint, als wenn der Inhalt den an der Spitze gehenden Demonstranten nicht unbekannt war, denn sobald sich die Wagen etwas vom Zuge entfernten, weil es nicht möglich ist, mit Kraftwagen dauernd in Fußgängerstempo zu fahren, — wurde ihnen nachgerufen, langsam zu fahren.

Noch waren die letzten Opfer nicht der kühlen Erde übergeben und schon wieder wurden Wundwaffen mitgeführt, um vielleicht bei geringster Gelegenheit neues Unheil hervorzurufen.

Wer hat die Kraftwagen bestellt? Wer hat sie mit den Waffen bei der Bumba beladen lassen? „Volkregierung“, nun antwortet!

Das Polizeipräsidium und die Befegung des „Vorwärts“.

Genosse Eichhorn verbreitet folgende Erklärung:

In einer bürgerlich-sozialdemokratischen Demonstration, veranstaltung, die gestern (Sonntag) auf dem Königsplatz stattgefunden hat, hat der Redakteur der Internationalen Korrespondenz, Herr Ernst Heilmann, u. a. gesagt: „Wenn der Polizeipräsident auf unsere Anfrage, wer die Redaktion des „Vorwärts“ gesteuert habe, antwortete: wir haben den „Vorwärts“ befehlt, so hat er sich selbst das Urteil gesprochen. Fort mit diesem Mann! Wir verlangen von der Regierung, daß für die Sicherheit der Berliner Bevölkerung ein Mann wirkt, der über den Parteien steht!“

Die Aussagen des Herrn Heilmann über meine Stellung zur Befegung des „Vorwärts“ sind in allen Teilen un-wahr. Weder hat mich Herr Heilmann angerufen, noch habe ich geantwortet: wir haben den „Vorwärts“ befehlt! Auf Anfrage teilte mir Herr Heilmann mit, daß ich diese Antwort dem Charlottenburger Sicherheitsdienst gegeben hätte. Auch das ist un-wahr. Ich hatte eine solche Antwort schon um desselben nicht geben können, weil ich allein es gemessen bin, der in stundenlangen Verhandlungen am Abend des 1. Weihnachtstages dafür gesorgt hat, daß die Befegung des „Vorwärts“ auf-geschoben und die Trudiale von Unbefugten geräumt wurden. Von jemandem, der wie ich die Umstände kennt, unter denen der „Vorwärts“ dem Einfluß der Berliner sozialdemokratischen Organisation entzogen wurde, ist größere Objektivität wohl nicht zu verlangen.

Bäckergerwe und Arbeitslosigkeit.

Um der auch im Bäckergerwe zur Zeit herrschenden Arbeitslosigkeit abzuwehren und auf die möglichste Einstellung von Bäckergehilfen hinzuwirken, hat der Magistrat Berlin sich entschlossen, bei der Neuverteilung des Mehls für jeden in einer Bäckerlei beschäftigten Gesellen dem Betriebsinhaber eine bestimmte Mehlmenge zu gewähren. Die Zahl der beschäftigten Gesellen hat sich infolgedessen in den letzten Wochen annähernd verdoppelt. Für die weitere Mehlmittelung bleibt es bei dem alten Grundab, daß die nachgewiesenen Kartenabschnitte die Höhe der Mehlmittelung bestimmen.

Kundweise für Vollzugsrats-Mitglieder. Der Vollzugsrat ist bekannt, daß die bisherigen roten Kundweise für die Vollzugsrats-Mitglieder, Vertrauensleute und Kurier ungültig sind. Als Kundweise für die Mitglieder des Vollzugsrats werden weiße Karten mit rotem Rand, für Kurier weiße Karten mit roter Diagonale und für Vertrauensleute weiße Doppellisten ausgegeben.

Arbeiterräte. Die nächste Vollziehung der Arbeiterräte wird voraussichtlich in der 2. Woche des Januar stattfinden, da die Kontrollkommission ihre Arbeit nicht früher erledigen kann.

Durch eine Räuber- und Schwindlerbande ist der Direktor Louis Cs aus der Wilmersdorfer Straße 85 zu Charlottenburg schwer gefahrlot worden. Die Räuber, die in Soldatenuniform antraten, räubten ihm während seiner Abwesenheit die ganze Wohnung aus und schlugen eine Schneiderin, die sie dabei überholte, nieder und verletzten sie dabei so schwer, daß die Wunde selbst amputiert, sie erlag an sie zu haben. Die Leberfallene erholte sich jedoch nicht wieder und ist so mit dem Leben abgegangen. Weiterhin nachmittags hat Scheinbar dieselbe Bande einen Überfall auf die Hausbesitzerin Frau Hanna Rückwardt in der Gabelberger Straße 11 verübt und die Frau unter Vorkhaltung eines Revolvers zur Duldung gezwungen, daß alle Wert- und Schmuckgegenstände an ihren Besitzständen entwendet wurden. Die Räuber konnten bei ihren beiden Opfern vorher positive Aufnahme unter dem Vorwand, daß sie zum Schutze gegen hochwissenschaftliche Ueberfälle nach Berlin zusammengezogen worden seien.

Grausamer veranlaßt durch Explosivkörper, kam am Montag abend angeblich durch Fahrlässigkeit in einem Laden an der Ecke der Straßer- und Elisabeth-Strasse 11 zum Ausbruch und verursachte durch dauernde Explosionen während des Brandes und der Lösung eine große Aufregung unter den Hausbewohnern und den Anwohnern. Als gegen 7 Uhr die Gefahr bemerkt wurde, war von dem Inhalt des Ladens nichts mehr zu sehen. Explosion folgte auf Explosion, wie bei einer Schießerei. Als die Feuerwehr mit mehreren Löschzügen erschien, brannte der Laden bereits vollständig. Da wegen der Explosivkörper, die im Laden lagen, ein Eindringen ausgeschlossen war, mußte von außen Wasser gegeben werden. Die Lösung wurde sofort mit Hochdruck betrieben und es gelang, eine weitere Ausdehnung zu verhindern. Die Panik unter den Hausbewohnern löst sich nur schwer mildern. Die Flammen waren außen am Hause mächtig emporgeschlagen und auch im Innern des Hauses hatten sie mit diesem Lärm vermehrt allgemeine Beunruhigung verursacht. Mehrere Personen haben angeblich nur leichte Verletzungen erlitten. Die Aufregung legte sich erst, als die Hausbewohner sich nach und nach wieder einsanden.

Mit einem gut angeordneten Schwindel versuchte ein Mann namens Josef Wurz zu Geld zu kommen. Er sahnte bei einer Bank einen kleinen Betrag ein und verschaffte sich daraufhin ein Scheckbuch. Eine Scheckfälschung jedoch erschien ihm zu gefährlich. Deshalb idag er einen Umweg ein. Durch eine geringe Einzahlung verschaffte er sich ein Sparfassenbuch. Dann füllte er einen Scheck aus und gab diesen bei der Sparkasse zur Gutsschrift auf

sein Buch in Zahlung. So erreichte er es, daß das Sparfassenbuch über eine erhebliche Summe lautete. Wurz rechnete nun damit, daß es längere Zeit dauern werde, bis die Sparkasse den Scheck mit der Bank verrechne. Die Zwischenzeit wollte er ausnutzen, um das Sparfassenbuch zu verkaufen oder sich darauf ein Darlehen verschaffen. Sein Plan scheiterte jedoch an der Wachsamkeit der Sparkasse. Bevor Wurz dazu kam, ihn auszuführen, hatte sie den Scheck schon aufgedeckt. Als er nun sein Buch anbot, wurde er verhaftet und dem Untersuchungsrichter vorgeführt.

Auf der Straße vom Tode überführt wurde gestern Abend ein Mann in der Schmidstraße. Man fand ihn regungslos vor dem Hause Nr. 88 auf dem Bürgersteige liegen und brachte ihn nach der Rettungsstelle in der Holzmarktstraße. Hier konnte der Arzt nur noch den Tod feststellen. Der Mann ist ungefähr 60 Jahre alt und 1,64 Meter groß, hat graues Haar, ebenbürtigen Schnurbart und lüdenhohes Bähe und trug eine schwarze Jacke, eine braune Strickjacke, schwarze Weste, graue Hose und schwarze Handschuhe. Die Leiche wurde dem Schaubause überwiefen.

Mehrere Tage ist in der Wohnung gelassen hat die 25 Jahre alte Bageristin Margarete Witzel, die für sich allein in der Diebstraße 46 hauste. Das Mädchen pflegte sonst öfter die Eltern in der Sobelsbergstraße 4 zu besuchen. Als es jetzt länger, ausblieb, sah sich gestern der Vater nach ihm um und fand es angeleitet tot auf dem Sofa liegen. Ein Gasfaß stand auf, der Automat war leer, das Gas war aber bereits wieder abgezogen. Der Tod war nach dem Gutachten des Arztes schon vor mehreren Tagen eingetreten. Ob ein Selbstmord oder ein Unglück vorliegt, weiß man nicht.

Ein „Demonstrationsdeinbrecher“ wurde gestern nachmittag auf früherer Zeit erlapp und festgenommen. Ein 20 Jahre alter Metallschleifer Willy Arnold jagte sich mit Recht, daß am Sonntag nachmittag viele Wohnungen ohne Aufsicht sein würden, weil ganze Familien auf den Straßen demonstrierten. Deshalb machte er sich auf die Klingelglocke. In der Fufelandstr. 9 glaubte er auch, eine richtige Bezahlung herausgefunden zu haben. Er klopfte und klingelte, und weil niemand antwortete, schloß er rasch auf, durchsuchte die Behältnisse und war gerade dabei, alles Ritzenwert eingepackten, als es wieder klingelte. Der Wohnungsinhaber hatte allerdings auch demonstriert, seine Frau aber nicht mitgenommen. Deshalb klingelte er, weil er sie zu Hause vermutete. Die Frau war jedoch unterdessen ausgegangen, um einen Besuch zu machen. So erhielt er keine Antwort und schloß jetzt selbst auf. Zu seinem Erschrecken fand er drinnen einen fremden Mann, der aber gar nicht überrascht zu sein schien. Ganz ruhig bedeutete ihm der Fremde, er möge nur durchgehen, seine Frau sei im nächsten Zimmer. Der Wohnungsinhaber überließ aber gleich die Lage, nahm den unerwarteten Besuch am Kragen und brachte ihn mit Hilfe von Hausgenossen zur Polizei.

Wer ist der Tote? Unbekannt ist im Kreisfrankenhaus zu Köpenick ein junger Mann, der in der Umgebung mit einer Kopf-wundwunde, die er sich wahrscheinlich selbst beigebracht hat, hilflos aufgefunden wurde. Er verstarb, ohne das Bewußtsein wiedererlangt zu haben und die Ermittlungen zur Feststellung seiner Persönlichkeit sind bisher erfolglos geblieben. Der Tote ist etwa 28-30 Jahre alt, 1,80 Meter groß und kräftig gebaut, hat dunkelblondes hochstehendes Haar und einen Anflug von Schnurbart und trug Militäruniform mit geflügeltem Granaten auf den Hüftklappen des Waffentragers. Sein Taschentuch und seine Strümpfe sind u. a. gezeichnet. Bei ihm fand man ein Lichtbild, das ihn in bürgerlicher Kleidung darstellt und wahrscheinlich schon vor mehreren Jahren aufgenommen worden ist. Zweckdienliche Mitteilungen nimmt die Polizeiverwaltung Köpenick entgegen.

Arbeiter-Turnverein Bantow (M. d. A.-L.-V.) turnt jetzt in der Turnhalle des Realgymnasiums, Riffinger Straße 12. Die Turnstunden sind für Damen, Jugendliche und Männer vorerst noch Dienstag und Freitag von 8-10 Uhr. Sport- und Turnfreunde sind zu den Übungsstunden des Vereins herzlich willkommen.

Lebensmittellisten.

Groß-Berlin. Von Dienstag, den 21. Dezember ab ist in Berlin und sämtlichen Vororten auf Abchnitt 17 der Ration-Gesetzliste Ware erhältlich. Jeder Karteninhaber ist diesmal ausnahmsweise zum Bezuge von 1/2 Pfund Kaffee-Ersatz berechtigt.

Berlin. Vom 1. Januar 1919 ab werden bis auf Weiteres folgende Rationmengen ausgegeben: auf die A1-Karten 1 Liter Vollmilch, auf die AII-Karten 1/2 Liter Vollmilch, auf die B1 und BII-Karten je 1/2 Liter Vollmilch, auf C1 und CII-Karten je 1/4 Liter Vollmilch. Auf Karten für Kranke sowie auf Sonderkarten und Lieferhefte ist die auf ihnen angegebene Rationmenge voll auszugeben. — Bis Freitag, den 3. Januar 1919 wird an diejenigen Kunden, die in den Speisefettverordnungen der in den Bezirken der 77, 79, 83, bis 85, 87, bis 89, 104, 170, 192, 193, und 212. Protokommision gelegenen Geschäfte und bis Sonntag, den 4. Januar 1919 der in den Bezirken der 105. Protokommision gelegenen Geschäfte (Hilfen, Verkaufsstellen) eingetragen sind, pro Kopf 1 1/2 Gramm Ration verteilt in denjenigen Geschäften, die durch ein Ausschreibungsbüro „Verlauf von Ration der Reichsliste Groß-Berlin“ gekennzeichnet sind. Auf Abchnitt 82 der Lebensmittelkarte der Stadt Berlin wird 150 Gramm Ration abgegeben. Der Rationabschnitt 83 darf nur in demjenigen Geschäft, in dem der Verbraucher zum Hunderbezug in das Kundenverzeichnis eingetragen ist, abgeliefert werden und zwar vom Donnerstag, den 2. Januar bis einschließlich Sonntag, den 4. Januar 1919. Auf Abchnitt 41 der Ration-Gesetzliste H entfällt im Januar 1919 1 Pfund Ration H-Pfunde zum Preise von 25 Pf. Die Abchnitte 1-40 dürfen im Januar 1919 nicht mehr eingelöst werden.

Aus den Organisationen.

Wilmersdorf. Dienstag, den 21. d. M., abends 6 Uhr, findet in der Aula der Viktoria-Luisenschule, Gasteiner-Strasse, eine außerordentliche Mitgliederversammlung statt. Unsere Mitglieder müssen unbedingt zu der Tagesordnung der am 1. Januar stattfindenden Kreisgeneralversammlung vorher Stellung nehmen. Um einen frühzeitigen Schluß der Versammlung zu garantieren, bittet um pünktliches Erscheinen Der Vorstand, J. A.: Carl Hilbig.

Schlender (Wannseebahn). Freitag, den 8. Januar, abends 8 Uhr, findet im Kaiserhof, Potsdamer Straße, eine öffentliche Volksversammlung statt. Ref.: Dr. Rud. Breichfeld und Frau Gertrud Simon: „Die Nationalversammlung“.

Bezirk Weißensee.
Am Mittwoch, den 1. Januar 1919, vormittags 9 Uhr, findet von den bekannten Stellen aus, eine
Flugblattverbreitung
statt.
Genossen und Genossinnen erscheint alle!
Am Donnerstag, den 2. Januar 1919, abends 7 Uhr, findet im Vereinshaus, Charlottenburgerstr. 51, eine
außerordentliche Mitgliederversammlung
statt. Die Genossen und Genossinnen werden ersucht, zahlreich zu erscheinen.
Die Bezirksleitung.

Soz. Zentralwahlverein f. Teltow-Beeskow-Storkow-Charlottenburg. u. S. P.
2101a Reichstr., Teltowstr. 3. — Telefon 1804.
Mittwoch den 1. Januar 1919, vorm. 1/2 10 Uhr in Reichs-Restaurant's Gesellschaftshaus, Chausseest. 97 (außer-ordentliche Kreis-Generalsversammlung).
Tagesordnung:
1. Stellungnahme zu den Nationalversammlungen 2. Aufstellung der Kandidaten. 3. Kreisangelegenheiten.
Die Versammlung wird, da der Saal zeitig geräumt sein muß, pünktlich eröffnet.
Der Kreisvorstand,
I. A. Bachmünd.

Nach III
der Arbeiter verleiht zu billigen Preisen
Industrie gediegene
schwarze
geschabte
Speisezimmer
Herrenzimmer
Schlafzimmer
aparte
— Beschichtigung lohnt! —
30 Möbelhaus Osten 30
zur Adressstraße

Wöchentlich 12 oder 16 Hefen zur
Einsp. - Wp. - Nummer 20
4 zuverlässige
Botenfrauen
für 1. Januar gesucht.
Verlag „Die Freiheit“
Schiffbauerdamm 19, IV.
Prachtgrammophone
trübsinnig verleiht zu billigen Preisen.
Schiffbauerdamm 19.
Büro-Schreibmaschine — 100 Stück
Platte Stoffbesatz verkauft
Werkstätten G. Böhm,
Urbanstraße 64. Moritzplatz 8295.

Ein- und Zwei-
spänner-Gespanne, Plattenwagen,
Breaks empfiehlt den geübten
Genossen Karl Bakszal, Fahr-
geschäft, Alt Moabit 60.
Botenfrauen
stellt ein
Häbner, Schulstr. 69.
Weissensee
Die Spedition der
„Freiheit“
für Weissensee befindet
sich vom 1. Januar 1919 ab
Sedanstr. 19¹ h. R. Werner